

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 138 Donnerstag den 16. Juni 1932 90. Jahrgang

Die innerpolitische Notverordnung

unterzeichnet

Berlin, 16. Juni. (Fig. Meldung.) Wie wir erfahren, ist die Notverordnung über die Aufhebung des S.M. und des Uniformverbotes und die Neuordnung der Bestimmungen über die Pressefreiheit nun fertiggestellt. Sie wird voraussichtlich heute Donnerstag veröffentlicht werden. In den letzten Besprechungen beim Reichsinnenminister hat es sich darum gehandelt, die Schwierigkeiten zu überwinden, die in der Stellungnahme der Länder namentlich zur Frage des Uniformverbotes liegen. Ein Beschluß der Länderregierungen hierzu liegt noch nicht vor. Man hat aber den Eindruck, daß die Länderregierungen vorläufig nicht die Absicht haben, die Aufhebung des Verbots in ihren Machtbereich durch eigene Notverordnungen zu verhindern. Dagegen ist wohl damit zu rechnen, daß in den Ländern während des Reichstagswahlkampfes weitgehend Aufmarschverbote zur Sicherung der Ruhe und öffentlichen Ordnung erlassen werden.

Die „Köfische Zeitung“ berichtet über den Inhalt der politischen Notverordnung, die sowohl die Aufhebung des S.M. und des Uniformverbotes, wie die Neuordnung der Pressevorschriften, des Versammlungs- und Demonstrationsrechts umfaßt. Die Vertreter der Länder hätten sich in der Besprechung die Stellungnahme ihrer Regierungen vorbehalten.

Die neue Verteilung der polizeilichen Aufsichtsbereiche zeige sich sehr stark vor allem bei dem wichtigsten politischen Punkt der Verordnung: in der Frage der politischen Verbände. Die Verordnung des Reichspräsidenten, die dem direkten S.M.-Verbot seinerzeit folgte, habe generell die beherrschenden Verbände verboten. Von Organisationen dieser Art sei in der neuen Verordnung nicht die Rede. Sie spreche von „Verbänden“, die in geschlossener Ordnung auftreten“, und verpflichte solche Verbände, ihre Satzungen auf Verlangen dem Innenminister mitzuteilen und sich Anordnungen des Innenministers zu fügen. Der Reichsinnenminister erhält auch die Ermächtigung, einzugreifen, sobald sich Unzulänglichkeiten her-

ausstellen. Von besonderer Bedeutung ist, dem Blatte zufolge, daß er auf Beschwerden hin in einzelnen Teilen des Reiches eingreifen und Sonderregelungen treffen kann. Darin liegt indirekt die Bestimmung, daß nicht die Landesregierungen direkt bei dem Auftreten von Schwierigkeiten eingreifen, sondern daß sie sich beschwerdeführend an den Reichsinnenminister wenden müssen, der dann entscheidend und Anordnungen trifft. Von besonderer politischer Bedeutung sei es weiterhin, daß von der für die Verbände aller Parteien geltenden Regelung die Kommunisten ausdrücklich ausgeschlossen werden. Die Strafbestimmungen seien im übrigen wie bei allen anderen Punkten, die die Notverordnung regle, erheblich verschärft worden.

Gewisse Änderungen des bestehenden Rechtes ergeben sich aus der neuen Fassung der Pressevorschriften. Flugblätter und Plakate sollen, solange sich nicht Unzulänglichkeiten herausstellen, die zu solchen Eingriffen nötigen, von Zensurvorschriften befreit sein. Zeitungen und Zeitschriften können künftig aber nicht nur bei Gefährdung der Ruhe und Ordnung, sondern auch bei Gefährdung lebenswichtiger Staatsinteressen verboten werden. Da unter dem Begriff lebenswichtige Staatsinteressen alle Gebiete der staatlichen Betätigung gehören, d. h. die Militärfragen so gut wie die wirtschaftlichen, finanziellen oder Währungsfragen, sind die Grenzen dieser Vorschrift beliebig dehnbar.

Wie wir erfahren, fand gestern nachmittag im Reichsministerium des Innern eine Besprechung mit den Ländervertretern über die innere politische Notverordnung statt, die heute mittag veröffentlicht werden soll. Es waren hauptsächlich die Gesandten der Länder erschienen. Reichsminister Freiherr von Gaus erläuterte ihnen die Einzelheiten der Notverordnung. Veränderungen der Verordnung gehen von dieser Besprechung nicht mehr aus, die vielmehr rein informativen Charakter hatte.

Polnische Herausforderung

Ein polnischer Zerstörer geht im Danziger Hafen vor Anker

Danzig, 15. Juni. Nachdem fünf englische Torpedobootszerstörer zum Besuch Danzigs gestern abend an der Reede ankert hatten, trat in der Nacht ganz überraschend der polnische Torpedobootszerstörer „Wibier“ ein und ankernte in unmittelbarer Nähe der englischen Zerstörer. Kurze Zeit nach dem die englischen Zerstörer heute früh in den Danziger Hafen eingelaufen waren, lief auch der polnische Zerstörer in den Hafen ein und machte an der Westerpierseite fest, ohne die vorgeschriebene Erlaubnis des Danziger Senats schriftlich oder telephonisch eingeholt zu haben. Der polnische Kommandant machte darauf dem englischen Kommandanten des Zerstörers „Campbell“ ein Verweh.

Das Verhalten des polnischen Zerstörers stellt eine der schwersten polnischen Herausforderungen gegenüber der Freien Stadt Danzig dar. Der Zerstörer hat unter Missachtung der Anlaufbestimmungen, die auf Grund der letzten Völkerbundsentscheidung von Danzig erlassen worden sind, den Danziger Hafen angefahren, noch dazu ausgerechnet zum Zeitpunkt des englischen Flottenbesuches. Das unerhörte polnische Vorgehen stellt eine action directe dar, gegen die Danzig beim Völkerbundkommissar und in Genf sofort Beschwerde einlegen dürfte. In der Danziger Öffentlichkeit herrscht über die polnische Herausforderung größte Erregung. Allgemein wird ein energisches Eingreifen des Völkerbundes gefordert.

W. Warschau, 15. Juni. In Verantwortung der vom Danziger Senat dem Generalkommissar Polens in Danzig überreichten Protestnote gegen den Einlauf des polnischen Torpedobootszerstörers „Wibier“ in den Danziger Hafen hat der Generalkommissar erklärt, daß das polnische Torpedoboot den Danziger Hafen angefahren hat, um entsprechend dem bisherigen Gebrauch die englische Flottille zu begrüßen. Der polnische Generalkommissar erklärte gleichzeitig daran, daß die polnische Regierung die von der Danziger Regierung einseitig erlassenen Hafenordnungen nicht anerkannt hat und diese nicht als bindende Rechtsnormen betrachtet.

Die vom Senat der Freien Stadt gestellte Forderung, daß das Torpedoboot bis 14 Uhr den Danziger Hafen verlassen soll, wurde vom Generalkommissar nicht zur Kenntnis genommen.

Ein Schritt beim Grafen Grabin

Danzig, 15. Juni. Anteil wird mitgeteilt: Das polnische Kriegsschiff „Wibier“ hat, nachdem die Regierung der Freien Stadt Danzig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, die zur Regelung der Danzig-polnischen Streitfragen vorgegeben sind, am heutigen Nachmittag den Danziger Hafen wieder verlassen.

In dieser amtlichen Mitteilung ist zu bemerken, daß Danzig sich aufgrund des Artikels 39 des Pariser Abkommens vom 9. November 1920 an den Hohen Kommissar des Völkerbundes, Grafen Grabin, um eine Entscheidung in der Angelegenheit des Anlaufens des polnischen Kriegsschiffes gewandt hat. Der Artikel 39 bestimmt, daß jede Danzig-polnische Streitfrage dem Hohen Kommissar des Völkerbundes zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Dieser Entscheidung ist das polnische Kriegsschiff dadurch zuvorgekommen, daß es heute nachmittag den Danziger Hafen bereits verlassen hat.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Vertheilung oben deren Raum 25 Kpf., Reklamageschäft 10 Kpf., Kollektivanzeigen 100 Proq. Zuschlag. Offerte und Anstufungserstellung 10 Kpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages hinwiegend wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Darstellungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teile. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Das württ. Demonstrationsverbot bleibt

Stuttgart, 15. Juni. In der letzten Zeit sind Zweifel darüber aufgetaucht, ob das im September 1931 vom württembergischen Ministerium des Innern erlassene Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Straßenumzügen, kurz Demonstrationsverbot genannt, auch dann in Kraft bleibe, wenn die Reichsregierung über Absicht, die Notverordnung betreffend das Verbot der nationalsozialistischen Verbände aufzuheben, ausgeführt haben werde. Wie man dem „Stuttg. Neuen Tagbl.“ von amlier Seite mitteilt, kann ein Zweifel darüber nicht bestehen. Das Demonstrationsverbot bleibt in Kraft. Das zweite Demonstrationsverbot, das für das ganze württembergische Landesgebiet Gültigkeit hatte, wurde am 21. September 1931 erlassen. Bei letzterem Verbot wurde auf die Reichsregierung zurückgegriffen. Hier ist ausdrücklich Artikel 123 Absatz 2 angeführt, der bestimmt, daß Versammlungen unter freiem Himmel bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden können. Ein solches Verbot kann, wenn es einmal besteht, nur mit landesrechtlichen Rechtsmitteln angefochten werden. Daraus ergibt sich, daß dieses Verbot, dessen Gültigkeit durch einen im Staatsanzeiger von 30. März 1932 veröffentlichten neuen Erlass des württembergischen Innenministers bis zum 30. September 1932 verlängert wurde, durch Verfügungen der Reichsregierung nicht aufgehoben werden kann.

Die Salzsteuer

Von allen Steuern, die uns die Sommerernden vergällen könnten, ist die Salzsteuer die „gefährlichste“. Sie ist übrigens eine uralte Abgabe. Im alten Rom wurde sie z. B. um 506 v. Chr. eingeführt und als um 206 v. Chr. der Salzpreis stieg, empfanden sich die Römer über diese Maßnahme, sodas es sogar zu blutigen Kämpfen kam. Schmuggel und Steuerbetrug blühten und sogar die Galererstraße wie der Galgen konnte die Römer von dem Kampf gegen die gefahrene Steuer nicht abbringen. Die Salzkämpfe, die vor über 2000 Jahren in Rom tobten, erinnern unwillkürlich an Ghaudis Salzlüge aus Meer. Die indischen Salzkämpfe der Gegenwart haben allerdings einen anderen politischen Hintergrund als die im alten Rom.

Die Salzsteuer war beim englischen Staate beliebt, der sie im 17. Jahrhundert beschloß. Sie wurde dann in besseren Zeiten wieder abgeschafft, mußte aber später dem Staatsfiskus große Dienste erweisen. Während der napoleonischen Kriege erreichte sie sogar das Maße des gewöhnlichen Salzpreises. Darunter hatten natürlich vor allem die Fischereien zu leiden. In Deutschland blieb die Salzsteuer bis 1867 eine reine Landessteuer. Der Salzverkehr von Land zu Land war äußerst behindert. Erst 1867 wurde dieser Mißstand behoben. Um das Salz, das der Landwirtschaft und dem Gewerbe dient, vor Steuern zu schützen, wird dieses beinahe ausschließlich zum menschlichen Genuß unbrauchbar gemacht. In unseren Tagen der Not konnten wir es allerdings mehr als einmal erleben, daß z. B. die Bayern im Baverischen Wald aus Not mit Viehfalz ihre Suppe „schmackhafter“ machten.

Im übrigen kennen fast alle Staaten die Salzsteuer. In Italien blüht sie ebenso wie in Oesterreich, in den Balkanstaaten ebenso wie in den Niederlanden.

Die Reise nach Frankreich schärfer

Die Zeiten sind vorbei, da man sich in Frankreich in dem schönen Baden bewegte, daß dieses Land während einer glücklichen Insel inmitten der Stürme der Weltkrise darstellte. Frankreich wird auch heute immer härter von der Krise erfaßt. Bei uns ist man nicht so kurzichtig, zu meinen, es würde uns nichts angehen, wenn auch der Nachbar mehr und mehr Not leidet. In Frankreich hat man aber allzu lange die wirtschaftlich unstantige Idee gehabt, als wenn die deutsche Not die Franzosen nichts anzugehen brauche. Wenn man nun heute in Frankreich die Krise auch kräftiger verspürt, so ist dies in einer Hinsicht sogar zu begrüßen, nämlich, daß dadurch die Franzosen wirtschaftlich eines Besseren belehrt werden und leichter den Fehler erkennen, der in der un sinnigen Reparationspolitik und einseitigen Goldhamsterei besteht.

Die Franzosen freuten sich immer, daß sie dank der glücklichen Verteilung von Landwirtschaft und Industrie ein sich selbst genügendes Land besäßen, also nicht so sehr auf den Export angewiesen seien.

Da liegt nun in diesen Tagen der Bericht des Comité des Forges über das Jahr 1931 über den erschreckenden Rückgang der Eisenproduktion Frankreichs besonders seit Oktober 1931, sodas im April 1932 die Eisenindustrie von allen großen Industriezweigen Frankreichs am härtesten betroffen wurde. Während die Anzahl der unter Feuer stehenden Hochofen Anfang 1931 noch 137 betrug, ist sie bis Ende März 1932 auf 76 gesunken. Der Bericht meint, daß der Erzeugungsrückgang sich sehr schnell dem anderer Länder angeglichen habe. So betrug der Produktionsrückgang vom Januar 1931 bis März 1932 an Kohlen in Frankreich 43 Prozent, in Deutschland 45 Prozent, an Roheisen 38 bzw. 42 Prozent. Gätte der Bericht die Märzahlen 1932 mit den Ziffern vom 1. Januar 1930 verglichen, dann hätte sich allerdings ergeben, daß Deutschland mit einem Sinken von 65 Prozent (Roheisen) viel ungünstiger dastünde als Frankreich mit 42 Prozent. Im Hinblick auf den stark eingeschränkten Auftragsbestand und das protektionistische System, dem sich Großbritannien hemmungslos zugewandt hat, befürchtet der französische Bericht eine weitere Drosselung des französischen Eisenexportes nach England, dem bisher besten Kunden der französischen Eisenindustrie. Die französischen Industriellen rufen daher, wie auch der angeführte Jahresbericht zeigt, nach Hilfe durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der französischen Regierung, wie sie sich bisher schon durch Unkostenentung (Subven) zu helfen suchten.

Breuhischer Landtag

Berlin, 15. Juni. (W.D.) Der breuhische Landtag hat am Mittwoch gleich 3 Plenarsitzungen abgehalten. In den Vänten der Nationalsozialisten waren einige Abgeordnete bereits in der neuen S.M.-Uniform erschienen. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen, wobei ein Hilfsprogramm für die Fischer Annahme fand, hand der kommunistische Antrag zur namentlichen Abstimmung, der die Einstellung der Zahlungen aus dem Youngplan, der Dawesanleihe, die Aufhebung der Reichsnotverordnungen fordert. Schon in der letzten Plenarsitzung war das Haus bei diesem Antrage beschlußunfähig gemacht worden. Diesmal gaben die Nationalsozialisten Enthaltungsarten ab, mit Ja stimmten die Kommunisten. Alle übrigen Fraktionen beteiligten sich nicht. Da die abstimmenden Fraktionen nicht vollständig beisammen waren, war das Parlament abermals beschlußunfähig. In der auf sofort einberufenen neuen Sitzung wurde der kommunistische Antrag auf Beseitigung der Hohenzollernabfindungsverträge und Landesüberweisung der Hohenzollern gegen die Antragsteller abgelehnt, ferner der Antrag der gleichen Partei auf Verbot des Einsetzens der Polizei bei Streik mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten sowie einigen Sozialdemokraten angenommen. Gleichfalls Annahme mit den Stimmen der Antragsteller und Nationalsozialisten fand der kommunistische Antrag, die Reichsregierung zu erlösen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen. Als ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung v. Baben zur Abstimmung fand, beteiligten sich die Nationalsozialisten nicht an der Kartennabgabe, womit das Haus abermals beschlußunfähig war. Auch das Zentrum hatte sich nicht beteiligt, während neben den Antragstellern noch die Sozialdemokraten mit Ja, die Deutschnationalen mit Nein gestimmt hatten. Abermals mußte eine neue Sitzung einberufen werden, in der ein nationalsozialistischer Antrag angenommen wurde, wonach wegen der Zwischenfälle bei dem Aufziehen der Stagerakademie in Berlin der Berliner Polizeipräsident Orzeszinski seines Amtes enthoben und höhere Polizeioffiziere bestraft werden sollen. Bei der Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag, die brennenden preussischen Staatsminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, die von den Sozialdemokraten und der Staatspartei gestellt wurden, gab es eine politische Ueberraschung. Wenn auch die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Wirksamkeit dieses Antrages im gegenwärtigen Landtag nicht zu erwarten war, so glaubte man doch eine einfache Mehrheit erzielen zu können. Zur allgemeinen Ueberraschung wurde jedoch der Antrag abgelehnt, weil mit den jetzigen Regierungsparteien auch die Kommunisten gegen den Antrag stimmten. Die Nationalsozialisten riefen darauf im Chor: Wer rettet das System? Die SPD! Bei Erledigung weiterer kleiner Vorlagen wurden Ansuchen anträge zugunsten der Wächter und auf Schaffung einer Wechselliste angenommen, in denen auch die Unterlassung der Kürzung der generellen Obhilfe verlangt wurde. Dann folgte die Debatte über den vom Rechtsausschuß abgeänderten nationalsozialistischen Gesetzentwurf auf Gewährung von Straffreiheit.

München, 15. Juni. Von unbekannter Seite wurde gestern abend ein Fenster der Wohnung des Ministerpräsidenten Dr. Held eingeworfen.



Gaol bei Hindenburg

Berlin, 15. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern nachmittag den Reichsinnenminister zum Vortrag über die innenpolitische Lage. Freiherr von Gaol hat vor allem Herrn von Hindenburg über den Inhalt der innenpolitischen Notverordnung, die morgen verkündet werden soll, unterrichtet. Jedenfalls noch heute wird auch der neue Erlaß des Innenministers über die Benutzung des Rundfunks durch die Parteien erscheinen. Danach sollen, wie der „Vorwärts“ wissen will, jeder Partei, die im alten Reichstag Fraktionsstärke besaß, 25 Minuten zur Verfügung gestellt werden. Für die Reden sind die sechs Wochentage vor der Wahl vorbehalten. Die Reihenfolge ist folgendermaßen bestimmt worden: Zuerst spricht die schwächste und am Ende die stärkste Fraktion. Das Stimmverhältnis bei der letzten Reichstagswahl zugrunde gelegt wird, also die Sozialdemokratische Partei das Schlusswort haben.

Arbeitsbeschaffung

Berlin, 15. Juni. Im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung wird von zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete des Straßenbaues, des Wasserstraßenbaues und der Meliorationen Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten im Gesamtbetrage von 135 Millionen vorgesehen sind. Davon entfallen auf Straßenbauarbeiten 60 Millionen, auf den Bau von Wasserstraßen 50 Millionen und für Meliorationen 25 Millionen. Die Finanzierung dieses Betrages ist so gedacht, daß die Unternehmer auf die „Deutsche Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung“ in der von ihnen gewünschten Höhe Beschäftigen können, die von der Reichsbank diskontiert werden können. Das Reich hat die Ermächtigung erhalten, die Bürgerschaft für diese Summen zu übernehmen. Die in Frage kommenden Verträge werden ab 1. Juli nächsten Jahres ertätlich abgeschlossen. Man hofft, mit Hilfe der oben genannten Maßnahmen Arbeit für 400.000 Tagewerke zu schaffen.

Großstädte wollen Bürgersteuer

Berlin, 15. Juni. Obwohl der Deutsche Städtetag offiziell zu der neuen Notverordnung der Reichsregierung noch nicht Stellung genommen hat, wird bereits errechnet, daß die vorhandenen Defizits in den Gemeinde-Etats nicht bestritten werden können. Die Erhöhung des Reichszuschusses von 20 auf 60 Millionen RM. wird vom Deutschen Städtetag nicht unterschätzt. Die Defizits der Gemeinden werden dadurch aber nur von 750 auf 350 Millionen gemindert. Die kleinen und mittleren Städte mit nicht übermäßigen Erwerbslosenlasten dürften ihre Haushaltsrechnungen jetzt zum größten Teil in Ordnung bringen können. Die besonders notleidenden Großstädte sehen sich aber nach weiterer Hilfe um und fordern für sich das Recht, die Bürgersteuer über den 1. Juli hinaus zu erheben.

Die NSDAP. zur neuen Notverordnung

München, 15. Juni. Der „Völkische Beobachter“ schreibt in seinem Kommentar zu der neuen Wirtschaftsnotverordnung des Reichspräsidenten u. a., die NSDAP. lehne die erste Notverordnung als erste für das deutsche Volk unerträgliche Belastung umso mehr ab, als sie in dieser ersten provisorischen Maßnahme der Regierung keinerlei Anhaltspunkte für eine anständige Verringerung der bisherigen Politik zu erkennen vermöge. Die Regierung stelle in ihrer Erklärung zur Notverordnung zwar grundlegende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht, solange sie aber diese Versprechungen nicht durch Taten zu belegen in der Lage sei, habe die NSDAP. keinen Anlaß, ihre seit jeher vertretene Auffassung zu ändern.

Oberschlesien trauert

Wettich, 15. Juni. Ganz Oberschlesien steht am heutigen Mittwoch im Zeichen der stillen Trauer um die widererwartliche Abtrennung wertvoller Landestteile, die vor zehn Jahren mit der Übergabe der Staatshoheit in Oberschlesien zur Tatsache wurde. Alle öffentlichen und zahlreiche private Gebäude haben halbwegs geflaggt. Auch von allen Straßen und Plätzen wehen die Trauerfahnen. Um 12 Uhr ertönten aus allen Industriewerken die Sirenen, während gleichzeitig in Stadt und Land das viertelstündige Trauergeläute aller Kirchenglocken begann. Arbeit und Verkehr ruhen vielfach für kurze Zeit.

Die ober-schlesischen Zeitungen beschäftigen sich durchweg eingehend mit dem vor zehn Jahren verübten Rechtsbruch, wobei immer wieder anerkennend hervorgehoben wird, daß die deutschen Stammesgenossen jenseits der neuen Grenze allen Unterdrückungen zum Trost dem deutschen Volkstum unbeteiligt die Treue gehalten haben. Die Deutschen in Oberschlesien haben aus verlässlichen Gründen von einer Würdigung des heutigen Tages absehen müssen.

Paris, 15. Juni. Der Prozeß gegen Gorguloff wird wahrscheinlich erst im August, möglicherweise sogar erst im Oktober zur Verhandlung kommen.

Aus Stadt und Land

Neuenburg, 16. Juni. Dem Vernehmen nach ist Gegenrechner Schumacher von der hiesigen Oberamtsparcasse gestern zum Leiter der Oberamtsparcasse Waiingen a. G. ernannt worden. Die gratulieren dem tüchtigen Verwaltungsbeamten zu seinem Erfolg. — Die Wahl bedarf noch der Behätigung der Aufsichtsbehörde.

Neuenburg, 16. Juni. Am Schluß der vor einigen Tagen abgehaltenen Übung der hiesigen Freiv. Feuerwehr konnten Bürgermeister Knodel und Kommandant Stadtbauwister Jetter unter Worten des Dankes und der Anerkennung für 25-jährige Dienstzeit bei der Feuerwehr das Verdienstehrenzeichen mit einem Diplom an Gustav Radler, Elektrikermeister, Wilhelm Reubäuser, Fabrikarbeiter und Max Wagner, Metzger und Wirt, überreichen.

Neuenburg, 16. Juni. Eine recht interessante und lehrreiche Übung unternahm gestern abend die hiesige Wackerlinie in der oberen Gräfenhäuser Straße. An zwei Stellen wurden Proben über den Wasserdruck unternommen mit und ohne Rotorspritze-Ritzhilfe. Während ohne Mitwirkung der Spritze die Wasserdruckverhältnisse in einem Brandfall vollständig ungenügend sein dürften, zeigte die Ritzhilfe der Rotor-Spritze gegenläufige Wirkung. Beim Doffinger'schen Anwesen konnte mit zwei B-Verträgen eine innerhalb beachtliche Leistung erzielt werden, weiter oben beim Anwesen des Friedrich Schmidt dürfte auch im Ernstfall das Feuer mit zwei Strahlrohren, im ungünstigen Falle mit einem, wirksam bekämpft werden. Die starke Steigung der Straße mit ihren Fallen wurde von der Rotorspritze trotz voller Beladung glänzend genommen. Die Übung kostete eine größere Zahl Zuschauer an.

(Wetterbericht) Im Norden liegt Hochdruck. Depressionsgebiete zeigen sich im Süden, Osten und Westen. Unter diesen Umständen ist für Freitag und Samstag zwar zeitweilig bedecktes, aber immer noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Stiefenfeld, 15. Juni. (Gemeinderats-Sitzung.) Der auf 10. Juni ds. Js. zur Abhaltung geplante Viehmarkt in hiesiger Gemeinde mußte ausfallen, da der 10. Juni ein Feiertag war und verschiedene Händler an diesem Tage gefehlt hätten. Der nächste Krämer- und Viehmarkt wird daher am 18. August ds. Js. stattfinden. Die Märkte in hiesiger Gemeinde sollen wieder neu belebt werden. — Die Schadenstiftung durch die Heubräuben auf den Feldern ist auch dieses Jahr wieder sehr groß. Der Gemeinderat beauftragt daher den Vorstehenden, an die Jagdpächter heranzutreten, damit die schadenstiftenden Vögel abgeschossen werden. — Der Gemeinderat, der vor kurzer Zeit einen 2. Staatspreis erhalten hat, wurde um 625 Reichsmark an den Jarrenhalter Rau in Stammheim, Oberamt Calw, verkauft. — Einige Bodpreise für Baugrundstücke von der Gemeinde wurden dem allgemeinen Preisrückgang entsprechend etwas ermäßigt. — Die Entscheidung über Nachschußgelder an der Gebäudenschuldungsteuer 1931 wird einem Ausschuss übertragen. — In einer ohne baulichrechtliche Genehmigung ausgeführten Bauweise außerhalb des Ortsbereichs bezieht der Gemeinderat auf seinem Standpunkt, daß der nichtgenehmigte Bauteil wieder abgetragen werden muß.

Am 10. ds. Mts. fand eine außerordentliche Gemeinderats-Sitzung statt, deren einziger Punkt der Tagesordnung die Durchführung einer Zwangsversteigerung war. Der Gemeinderat hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob von der Gemeinde selbst eine Zwangsversteigerung betrieben werden soll oder auch vermieden werden kann. Die Gemeindefache steht so schlecht, daß sie bei Nichtzahlung der Steuer und sonstigen Abgaben zu Zwangsmaßnahmen gezwungen ist, sofern sie noch auf der anderen Seite ihren Verpflichtungen handtätiglich auch den Arbeitslosen und Wohlfahrtsverwerbslosen gegenüber nachkommen will. Im vorliegenden Fall war der Gemeinderat außerdem der Ansicht, daß eine weitere Stellung von Seiten der Gemeinde nur eine Hinanzsicherung der ganzen Sache und neben der eigenen Schädigung auch eine weitere Schädigung für andere Gläubiger bedeuten würde, da letztere meistens nicht damit rechnen, daß bei einer Zwangsversteigerung so und so viel öffentlich-rechtliche Forderungen vorweg vom Versteigerungserlös befriedigt werden müssen. Auch die Veranschlagung des betreffenden Steuerfahnders sei so groß, daß es unmöglich sei, unter einer derartigen Zinsenlast bei der heutigen schlechten Wirtschaftslage noch weiter durchzukommen. Der Gemeinderat war daher nicht in der Lage, weitere Stellung zu gewähren, um die Zwangsversteigerung anzuhalten.

In der gestrigen Sitzung berichtete der Vorstehende über den Verlauf der letzten Amtsvorversammlung und gab die wichtigsten Beschlüsse hiedon dem Gemeinderat bekannt. — Für die Überlassung von Gras an die Kirchengemeinde zur Verbesserung der Aufnahme des Kirchengartens hat der Kirchengemeinderat beschlossen, der bürgerlichen Gemeinde den besten Dank auszusprechen. — Die Wohnung Mathausgasse 18 soll zur Vermietung nochmals ausgeschrieben werden. — Für ein Ge-

meindegrundstück hinter dem Bohngans Keller an der Dietlingerstraße waren zwei Kaufinteressenten vorhanden, der Gemeinderat beschließt jedoch, das Grundstück vorerst nicht zu veräußern. — Die Beschäftigung und Einteilung der in Zukunft der Gemeinde stehenden Wohlfahrtsverwerbslosen müßte neu geregelt werden. Für die Neuregelung wurden drei Anträge gestellt. Der weitgehendste Antrag der kommunalistischen Fraktion wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der dahin zielte, gegenüber der selbständigen Handhabung eine Änderung nur insoweit zu treffen, daß die Arbeitsverteilung nach einem genauem System gestaltet wird, damit die Unzufriedenheiten der einzelnen Beteiligten bei den Arbeitsverteilungen beseitigt werden. Beschlossen wurde, dem Antrag der bürgerlichen Fraktion entsprechend, für die Unterhaltung genaue Richtsätze aufzustellen und die Richtsätze des Oberamtsbezirks Neuenburg auf die Gemeinde zu übernehmen. Die Unterhaltung und die Arbeitsverteilung der Wohlfahrtsverwerbslosen soll dann von Fall zu Fall durch den Gesamtgemeinderat erfolgen. — Verschiedene Belohnungen, die bei der Staatsberatung zur Neuregelung zurückgestellt wurden, wurden entsprechend den schon herabgesetzten Vergütungen ebenfalls gekürzt. — Ueber die Einheitsbewertung, die zur Zeit bei der Gemeindebehörde offengelegt ist, kommt im Gemeinderat zum Ausdruck, daß die Einheitswerte zu verschiedenen festgestellt seien, daß es zum größten Unrecht führen würde, wenn auf dieser Grundlage eine spätere Besteuerung vorgenommen werden sollte. Den betreffenden Grundstücksbesitzern wird dringend empfohlen, sich über ihre Einheitswerte beim Katasteramt zu erkundigen und während der Einspruchsfrist ihr Recht geltend zu machen. — Die vorliegenden Kürzungsanträge werden auf die nächste Sitzung vertagt, um sie gleichzeitig nach den neu aufgestellten Richtsätzen entscheiden zu können.

Unterer Schwarzwald-Ragold-Turnen. Das diesjährige Gouturnen, welches am 3. Juli in Calmbach stattfindet, ist in greifbare Nähe gerückt. In den Vereinen herrscht rege Tätigkeit und auch die Gaukomitees sind eifrig bemüht, in dem Bestreben, dem Gauturnen zu einem guten Gelingen zu verhelfen. Wird doch bei einem solchen Fest der Arbeit der breiten Öffentlichkeit das deutsche Turnen in seiner Gehaltigkeit durch die Breitenarbeit und durch die Massendurchführung klar vor Augen geführt. Dadurch wird auch die fürzlich verbreitete Meinung eines Reporters anlässlich des Stadtlaufes in Forstheim, welcher erklärte, die Körperübungen fangen nicht beim Turnen an, gründlich widerlegt. So hat am 4. Juni im Saal, Dalkensheimbad in Wildbad für den unteren Bezirk ein Schwimmlehrgang unter Leitung von Gauchwimmwart Wald stattgefunden, dessen Besuch allerdings zu wünschen übrig ließ. Für den oberen Bezirk war ein solcher in Deckensprung vorgesehen, welcher aber leider verschoben werden mußte, da das Schwimmbecken durch die fürzliche Unwetterkatastrophe nicht benutzbar war. Auch Gaufräuenturnwart Schmauser-Liebenzell hatte für den letzten Sonntag je einen Lehrgang für das Fräuenturnen für den oberen Bezirk vormittags in Liebenzell und für den unteren Bezirk nachmittags in Schönbürg durchgeführt. Die Vereine, welche das Fräuenturnen betreiben, waren fast vollständig vertreten. So konnte auch eine gute und ersprießliche Arbeit geleistet werden, welche die Turnerinnen in froher Stimmung vollbrachten. Gouturnen wurden die allgemeinen Freiübungen, Stabübungen für den Handgürtel-Siebenkampf, Wästelübungen an Reck, Barren und Pferd und die Vollsätze. Gaufräuenturnwart Genz-Engelshaus gab noch einige Erläuterungen über die vollständigen Übungen. Es wäre nur zu wünschen, daß das Fräuenturnen auch in den übrigen Vereinen Eingang finden würde, was zur Verwirklichung der Vollsätze beitragen und das wohl dankbar begrüßt würde. Ferner macht den Anfang? Neben den turnerischen Übungen, welche auf dem herrlich gelegenen Turn- und Spielplatz in Schönbürg (früheres Schwarzwaldheim) durchgeführt wurden, wurden noch zwei Freundschaftsspiele im Handball der Turnvereine Dirsau und Schönbürg ausgetragen, die ebenfalls rege Interesse erweckten. Die Spielweise war eine gute, zeigt aber, daß die beiden Mannschaften von Dirsau denjenigen von Schönbürg spielerisch und auch körperlich überlegen waren.

Das Gnabengefuch Beyles abgelehnt

Das Todesurteil an dem Hilfsarbeiter Eugen Beyle aus Engelsbrand, der vom Tübinger Schwurgericht wegen vierfachen Mordes, begangen in der Nacht vom 28. März 1931 an seinen Schwiegereltern, seiner Frau und seinem achtjährigen Sohnen, dreimal zum Tode verurteilt wurde, wird, nachdem der württembergische Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, Freitag früh 5 Uhr in Tübingen vollstreckt. Dem Verurteilten wurde heute früh Mitteilung von der Ablehnung seines Begnadigungsgesuches gemacht. Innerhalb 48 Stunden muß dann das Urteil vollstreckt werden.



Die tolle Miss

42. Fortsetzung. (Nachdruck verbot.)
 „Susi war es, als erlebe sie einen Traum. Und wie im Traum folgte sie auch Johann und dem Vater in ein mit luxuriöser Eleganz ausgestattetes Herrenzimmer.“
 „Vor allen Dingen bin ich Ihnen eine Erklärung über meine Personalschuldigkeit, Herr Graf.“
 „Über Brendnig fiel ihm drückt ins Wort: „Die Erklärung können Sie sich sparen. Meine Tochter hat es für ihre Pflicht gehalten, mich brieflich über Ihre wahre Herkunft und Ihren richtigen Namen — Treustedt! — zu unterrichten.“
 „Johann sagte sich.“
 „Das ist es nicht allein,“ erwiderte er. „Ich habe ein Geständnis abzulegen und Sie um Verzeihung zu bitten. Ich bin weder ein Chauffeur noch Johann von Treustedt. Mein Name ist — Johann von Brendnig, Herr Graf. Ich bin Ihr Knecht.“
 Graf Hugo prallte zurück. Susi ließ einen Schrei der Bestürzung aus.
 „Scherz dieser Art verbitte ich mir ganz energisch!“ sagte sich schließlich ihr Vater. „Mein Knecht sitzt zurzeit auf meinem Schloß!“
 „Vergebung, Herr Graf, aber dieser Knecht ist nicht Ihr Knecht. Er ist mein Freund und Vertrauter Johann von Treustedt!“
 Keines Wortes fähig, lazzerte Susi im Sessel.
 „Gestatten Sie mir also nähere Erklärungen, Herr Graf,“ nahm Johann weiter das Wort. „Als ich von der Testamentenlaufel meines Vaters in Kenntnis gesetzt wurde, lehnte ich alles in mir dagegen auf, mich für Geld zu verheiraten, selbst dann nicht, wenn es sich um den Wunsch meines Vaters handelte. Ich beschloß mich, Ihnen, Herr Graf, diesen meinen Entschluß brieflich mitzuteilen. Da aber erfuhr ich plötzlich, daß Ihr Töchterchen wunderschön sein sollte!“

Darumhin schickte ich den Brief nicht ab, sondern beschloß, vorerst einmal die mir jugendliche Braut in Augenschein zu nehmen. Durch gute Verbindungen gelang es mir, als Chauffeur nach Brendnig zu kommen. Susi leben und lieben — war eins! O, wie erwünschte ich jetzt, mich in diese Zwischmühle begeben zu haben. Dann aber teilte die Hoffnung in mir, daß doch noch alles gut werden könne. Ich beschloß, Susi auf Herz und Nieren zu prüfen — sie hat die Prüfung unbeschreiblich gewagt bestanden, weiß ich doch nun, daß auch sie mich nur um meiner selbst willen liebt!
 „Auf Brendnig erkannte ich aber mit Schrecken, daß die Zeit im Fluge verrann. Mein plötzliches Verschwinden aus Berlin mußte ja auffallen. Das dürfte keine üblen Folgen haben. So mußte ein anderer her, der sich mit meinem Namen vertrat. In meinem Freunde Treustedt fand ich den Helfer. Er sagte auf meine lebenslichen Bitten endlich zu und hielt nicht viel später als „Knecht“ auf Brendnig seinen Einzug.“
 Johann schwieg.
 „Dann, mein Hans!“ klang es jubelnd vom Sessel her — da lag ihm auch schon Susi entgegen. „O, du guter, du böler Mensch!“
 Brendnig fand dabei und schüttelte den Kopf. „Anscheinend war er sich noch nicht ganz im Klaren, wie er sich zu dieser Geschichte einstellen sollte. „Junge, Junge!“ knurrte er wiederholt und fraute sich den Schnurrbart dabei.
 Als er jedoch in die strahlenden Augen seines Kindes schaute, wurde es ihm lauterbar weh ums Herz — und so kam es wohl, daß er die Hand nicht ausstreckte, die ihm Johann Verzeihung heißend entgegenstreckte.
 „Was bleibt mir übrig, als Ja und Amen zu sagen,“ sagte er, aber was er diesen philosophischen Worten noch hinzufügte, ging unter in dem Jubel der Verlobten —
 Noch in derselben Nacht richtete Johann von Brendnig ein Telegramm an seinen Freund Treustedt: „Gutwillig auf Brendnig beenden. Alles in Ordnung. Treffen morgen vollständig auf Brendnig ein!“ während Graf Hugo an Tante Elsa einen langen, alles erklärenden Brief richtete.

Anderen Tages erreichte dieses Schreiben sein Ziel.
 „O, wie ungleich!“ murrte Tante Elsa, als den wahren Sachverhalt erfuhr, wart den Brief mit ihren Fingern in den Papierkorb und ließ noch zur gleichen Stunde ihre Koffer packen —
 XI.
 Es war bereits neun Uhr abends vorüber, als Coelwyn vom Heigelhof zurückkehrte. Sie kleidete sich um und begab sich dann mit simplerer Wiene ins Wohnzimmer, wo Frau Werkmeister in einem Buche las und Viebel vor sich hin schluchzte.
 Bei ihrem Eintritt jubten Tante und Kusine zusammen.
 „Nun?“ murrte Frau Werkmeister. „Was sagte er?“
 Coelwyn lächelte triumphierend.
 „Sei ohne Sorge. Die Krankheit wird noch in dieser Woche geheilt sein, die er dir und Viebel angetan hat!“
 Die Tante rief sich etwas beunruhigt das Kinn.
 „Wie — wie soll man das verstehen, Kind? Will er abblitzen kommen?“
 „Abblitzen?“ Die Herrin von Gut Haldenbach lachte.
 „Anhalten wird er!“
 „Anhalten? Um Gotteswillen, um wen wird er anhalten?“
 „Um die, die er in Hilsberg, wie du mir erzähltest, hingelassen hat — um Viebel!“
 Da geschah etwas Unerwartetes. (Fortsetzung folgt.)

Sinnprüche.
 „Geh! Ich war an großen Männern, aber nie an großen Seelen geirren worden.“
 Ein Einzelnes auf Erden nur ist schöner und besser als das Weib; das ist die Mutter. R. Schickel.

Waldwirtschaftliches

Am 12. Juni hielt der Bezirkswaldbauverein Knechtsteden unter Leitung des Vereinsvorsitzenden, Herrn Bürgermeister Kugel, Unterleutenhard, eine Versammlung ab, um zur Not der Waldwirtschaft, insbesondere der Schwarzwälder Waldbauern Stellung zu nehmen. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden an die Erbschienen und dem Hinweis, daß die brennende Not der Waldbesitzer dem Waldbauverein die Veranlassung gegeben habe, in einer Versammlung die Ursachen dieser Not zu erörtern und die Wege zu erfahren, die aus ihr führen könnten, erteilte er Vorstandsvorsitzender Berger-Stuttgart das Wort. Der Redner behandelte in längerer Ausführungen die wichtigsten Fragen der Wald- und Holzwirtschaftspolitik, von deren künftigen Gestaltung das Sein oder Nichtsein dieser für die gesamte Volkswirtschaft lebenswichtigen Wirtschaftszweige abhängt.

Neben einer nicht zu leugnenden Weltwirtschaftskrise, die im Wesentlichen durch eine Uebererzeugung der Erzeugung, die gewalttätige Zerreißung wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge durch die sog. Kriegsschläge und den Ausfall großer Absatzgebiete — wie Indien, Rußland — verursacht ist, haben wir eine besonders scharfe deutsche Wirtschaftskrise. Die Kapitalverwertung durch die Inflation und die Ausdehnung der deutschen Wirtschaft durch die Tributabhängigkeiten sind besonders offensichtliche Gründe hierfür, neben vielen anderen mehr oder minder verschleierte Ursachen und Zusammenhängen. Das traurigste Bild des Niedergangs des deutschen Wirtschaftslbens zeigt aber die Waldwirtschaft. Für diese erstarrten Tatsache finden wir die Erklärung, wenn wir die Entwicklung des Holzbedarfs und der Holzverwertung Deutschlands einer Betrachtung unterziehen.

Am Anfang des ungeliebten wirtschaftlichen Aufstiegs nach dem Kriege von 1919 ist Deutschland Holzimportland geworden. So betrug in den Jahren 1907 bis 1913 die Einfuhr an Kahlholz durchschnittlich jährlich 14 Mill. cbm. Der Holzverbrauch Deutschlands zur Zeit einer gesunden Wirtschaft betrug jährlich 30-40 Millionen cbm Kahlholz, davon allein etwa 2 Millionen cbm in Kahlholz, 5-6 Mill. cbm Grubenholz, 8-9 Mill. cbm Papierholz u. a. Dagegen betrug der Bedarf Deutschlands im Jahre 1931 insgesamt 24,8 Mill. cbm. Der Kahlholzverbrauch ist somit gegen früher um etwa 15 Millionen cbm — 40 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang des Holzverbrauchs ist aber mit 1931 noch nicht zum Abschluß gekommen.

Man wird den Eigenbedarf an Kahlholz im Jahre 1932 mit insgesamt rund 20 Millionen annehmen können. Demgegenüber stehen aus der deutschen Eigenproduktion jährlich an Kahlholz insgesamt rund 25,6 Mill. cbm zur Verfügung. Die Verhältnisse haben sich also gegenüber der Vorkriegszeit und auch im Vergleich zu den Jahren 1928/30 grundlegend geändert. Deutschland ist vom Holzimportland zum Selbstversorgerland geworden. Würde eine nennenswerte Wirtschaftsbelebung während der nächsten Jahre ausbleiben, so würde Deutschland auf absehbare Zeit überhaupt aus der Reihe der Holzimportländer ausscheiden.

Nachdem die Verhältnisse sich derart gestaltet haben, erscheint die immer noch andauernde Holzexporte nach Deutschland in einem unheimlichen Licht. Obwohl bereits im Jahre 1931 der deutsche Holzexport ungefähr um den zehnten Teil hinter der planmäßig möglichen Jahresproduktion zurückbleiben, wurden im gleichen Zeitraum 6,5 Mill. cbm Holz eingeführt. Die ungenutzte Produktion des Jahres 1931 bedeutet einen Anfall von rund 60 Mill. Mark, während Deutschland allein für das eingeführte Kahlholz (ohne Kiefern- und Holzwaren) 33 Mill. Mark an das Ausland abführte. Das bedeutet für 1931 einen volkswirtschaftlichen Verlust von rund 270 Mill. Mark. Auch im Jahre 1932 nimmt die Holzexporte ihren Fortgang; man wird mit einer Jahreserzeugung von etwa 3 Millionen cbm rechnen müssen. Die Holzexporte entspringen keineswegs einem deutschen Bedürfnis, sondern lediglich dem verwerflichen Drange östlicher Holzüberschußstaaten, insbesondere Rußlands, um jeden Preis einen Teil ihrer Rohstoffe in das nachbarliche deutsche Wirtschaftsgebiet hereinzuverfrachten.

Die Folgen des gewaltigen Rückgangs des Holzverbrauchs und der Holzüberverwertung wirken sich für den Einzelnen, wie für die Gesamtheit verheerend aus. Bei einem Preis des Holzes von 40-60 Prozent des Vorkriegsstandes ist die Waldwirtschaft zur reinen Verlustwirtschaft geworden. Die meisten Staatsforstverwaltungen Deutschlands solchen bereits das Jahr 1931 mit vielen Millionen Verlust ab. Das Haushaltsgebäude der waldbesitzenden Gemeinden bricht zusammen, und der private Waldbesitz ist zum großen Teil zahlungsunfähig geworden.

Die Wald- und Holzwirtschaft haben ein Recht auf Gewährleistung ihres Bestandes seitens des Staates. Die seit

Jahr und Tag aus der Wald- und Holzwirtschaft kommenden Notrufe sind bisher ungehört verhallt. Als Gebot der Stunde fordern sie mit aller Schärfe, die grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Holzwirtschaftspolitik des Reiches und die Einstellung auf den Binnenmarkt. Bevor Holz aus dem Ausland herangeführt wird, müssen gleichwertige im Inland erzeugte Holzsorten reiflich Verwertung finden. Um die innerdeutsche Holzverwertung zu ermöglichen, ist die Erleichterung des Holzverkehrs zwischen den deutschen Holzüber- und Holzbedarfgebieten durch Vorsehaltung der Eisenbahnfrachttarife herbeizuführen. Eine Entlastung des Waldbesitzes von Steuern und Abgaben ist zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden.

Zur Erleichterung der Lage muß die Wald- und Holzwirtschaft aber auch nachdrücklich den Weg der Selbsthilfe beschreiten. Dem Holz sind durch das Eindringen von Ersatzstoffen besonders in den Nachkriegsjahren große Absatzgebiete verloren gegangen. Diese gilt es — soweit das berechtigt ist — wieder zurückzugewinnen, besonders am dem Gebiete des Bauwesens. Die seit einiger Zeit betriebene, planmäßige Absatzvermehrung für das deutsche Holz verpricht Erfolge. Wissenschaft und Praxis sind eifrig daran, dem Holz neue Verwendungsbereiche zu erschließen, die für die Zukunft neue Absatzmöglichkeiten für das Holz eröffnen lassen.

An die verantwortlichen Stellen geht aber die bitterste Warnung, daß die verzweifelt um ihr Leben ringende Wald- und Holzwirtschaft durch Selbsthilfe allein niemals gerettet werden kann, wenn ihnen nicht unverzüglich von Seiten des Reiches und Landes Hilfe und Schutz zuteil werden. Das deutsche Holz muß um der Zukunft von Volk und Wirtschaft willen in Deutschland wieder zur Geltung kommen.

Die Versammlung dankte dem Redner mit lebhaftem Beifall für seine Ausführungen. Der Vorsitzende legte sodann eine „Entscheidung“ vor, in der es heißt:

„Die Not der Schwarzwälder ist ins Unerträgliche gestiegen. Der Wald, der ehemals eine Quelle des Wohlstandes war, genährt heute dem Befizier nicht mehr den färglichsten Lebensunterhalt. Der Schwarzwälder hat nichts, aus dem er die Ausfälle des Waldes decken könnte. Die wenigen Stück Vieh, die er zu halten vermag, bringen heute keine Einnahmen. Die Schwarzwälder können ihren Steuerpflichten bisher noch durch Eingriffe in die Vermögenssubstanz und die Aufnahme fremder Kredite nachkommen. Heute besteht für sie keine Möglichkeit mehr, Steuern an Staat und Gemeinden zu bezahlen. Die Schuld an dieser Entwicklung fällt vor allem auf die Wirtschaftspolitik des Reiches, die trotz der jahrelangen Mahnungen und Notrufe der Waldwirtschaft die zu ihrem Bestand notwendigen Mindestpreise nicht gesichert hat.“

Von einer verzweifelten Stimmung erfüllt, richteten die in Langenbrand versammelten Bauernwaldbesitzer an die württ. Regierung die dringende Bitte, die alsbaldige Herabsetzung des Waldzinsfußes auf 50 Prozent zu veranlassen. Der deutsche Wald ist heute zur reiflichen Holzverwertung der heimischen Wirtschaft durchaus in der Lage. Die Waldbesitzer erwarten daher, daß die württ. Regierung kräftigstens auf eine sofortige grundsätzliche Änderung der Holzwirtschaftspolitik des Reiches hinwirkt.“

Der Vorsitzende wurde ermächtigt, die einkimmig begünstigte Entscheidung an die württ. Regierung weiterzuleiten. In der anschließenden Aussprache wurde noch verschiedenes zur Frage der Einheitsbewertung des Waldes und sonstigen bedeutsamen Tagesfragen der Forstwirtschaft Stellung genommen. Herr Forstmeister Daug, Wildbad, wies insbesondere auf die große Bedeutung einer starken Organisation der Forstwirtschaft hin. Die Forstwirtschaft wäre zweifellos vor großen Schäden bewahrt worden, wenn sie sich zeitig eine wirksame Vertretung bei den zuständigen Stellen geschaffen hätte. Andere Wirtschaftszweige hätten die Bedeutung dieser Frage früher erkannt. Auch die bäuerlichen Waldbesitzer müßten sich unbedingt kräftiger als bisher zusammenschließen. Eine Förderung der bäuerlichen Waldwirtschaft und die Vertretung der wirtschaftspolitischen Belange des Bauernwaldbesitzes seien somit nicht möglich.

Um den berechtigten Forderungen der Wald- und Holzwirtschaft bei den zuständigen Stellen endlich Gehör zu verschaffen, sei es nötig, den Kampf dafür mit den schärfsten Mitteln zu führen.

Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Kugel, schloß die Versammlung mit Dankesworten an die Anwesenden für ihre rege Anteilnahme an den zur Behandlung gelangenden wichtigen Fragen. Er schloß daran die Hoffnung, daß man bis zur nächsten Zusammenkunft wenigstens am Beginn des Weges stehe, der aus dieser verzweifelten Lage der Waldwirtschaft herausführe.

in dem vorgezeichneten Tagungsabschnitt, der sich nicht über den 1. Juli hinaus erstrecken soll, die dem Landtag vorliegenden Gesetzentwürfe und selbständigen Anträge, die sich auf die verschiedenen Gebiete der Reichs- und Landesverwaltung beziehen, zur Erledigung zu bringen.

Warum die Rede Straffers nicht auf den Süddeutschen Rundfunk übertragen wurde

Stuttgart, 15. Juni. Vom Ueberwachungsamt der Süddeutschen Rundfunk AG wird mitgeteilt: In den Kreisen der Rundfunkhörer und der Öffentlichkeit überhaupt wird an der Haltung des Ueberwachungsamtes der Süddeutschen Rundfunk AG. Kritik geübt, weil er die Uebertragung der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Straffer auf den Süddeutschen Rundfunk gestattet hat. Der Ueberwachungsamt hat sich bei seiner Entscheidung an die für das Nachrichten- und Vortragswesen des Rundfunks geltenden, von der Reichsregierung erlassenen Richtlinien gehalten. Nach diesen Richtlinien dient der Rundfunk keiner Partei. Sein Nachrichten- und Vortragsdienst ist streng überparteilich zu gestalten. Der Ueberwachungsamt hat bei allen früheren Entscheidungen jeden Versuch abgelehnt, den Süddeutschen Rundfunk in den Dienst irgend einer Partei zu stellen. Er hat noch in keinem Fall eine Ausnahme gemacht und mußte deshalb auch im Falle Straffer an seiner Stellungnahme festhalten. Dabei spielten irgendwelche parteipolitischen Erwägungen nicht die geringste Rolle. Die Zulassung von Reden der Vertreter des Reiches und der Länder ist nicht Sache des Ueberwachungsamtes sondern der Regierungen selbst.

So geht es nicht!

Stuttgart, 15. Juni. Der „Schwäbische Merkur“ schreibt zu der Begründung, die der Ueberwachungsamt der Süddeutschen Rundfunk AG. seiner Ablehnung der Straffer-Rede gegeben hat: In Berlin lag offenbar eine Veranlassung vor, Straffer zuzulassen. Man hat dort gemerkt, daß man mit Unterdrückung der nationalsozialistischen Bewegung nicht mehr Abbruch tun kann, vielmehr den Vordruck nur verstärkt und das Gegenteil schafft von dem, was man will. Wenn man die Presseberichte über die Rede Straffers liest, hat man auch das Gefühl, daß ihr Anhören auch für uns Württemberger nichts Staatsgefährliches geboten hätte, während ihre Ablehnung heute sehr gefährlich werden kann. Jedenfalls muß sich der politische Ueberwachungsamt beim Süddeutschen Rundfunk klar werden, ob er im Gegensatz zu anderen deutschen Sendern an dem an sich nicht schlechten Grundsatze, parteipolitische Reden allgemein anzuschließen, festhalten kann oder nicht. Daß jeder Rundfunkteilnehmer die außerordentlich große Annehmlichkeit hat, selbst darüber zu entscheiden, ob er eine Darbietung hören will oder nicht, könnte dabei gebührend berücksichtigt werden. Auch die „Süddeutsche Zeitung“ ist der Ansicht, daß die Verweigerung der Uebertragung der Straffer-Rede durch den Nationalsozialisten sehr viel mehr Stimmen zuführen wird, als es die Uebertragung dieser Rede je vermocht hätte.

Gegen weitere Belastung der Kriegsbefähigten

Stuttgart, 15. Juni. Der Württ. Frontkämpferbund e. V. teilt mit: Auch die neue Reichsregierung hat bereits eine weitere Belastung der Kriegsbefähigten und Kriegserhinterbliebenen erwogen. Die Leitung des Württ. Frontkämpferbundes in Stuttgart hat sich deshalb veranlaßt, unserer Reichsleitung Telegramme nachfolgenden Inhalts ausgeben zu lassen: An den Herrn Reichspräsidenten, Berlin. Die Reichsregierung will, unter Bruch eines früher gegebenen Versprechens, die Rechte der Kriegsoffizier in einer neuen Notverordnung weiterhin schmälern. Wir, als Vertreter der württembergischen Frontkämpfer, bitten Ew. Exz. dringend, jeder weiteren Belastung der Kriegsoffizier die Zustimmung zu verweigern und darauf hinzuwirken, daß auch die früher beschlossenen Ämtern befristet werden. gez. Rabisch, Generalleutnant a. D. — An den Herrn Reichskanzler v. Papen, Berlin, Ew. Exz. bitten wir, als Vertreter der württembergischen Frontkämpfer, auf das Dringende, weitere Schwächerungen der Rechte unserer Kriegsoffizier in einer neuen Notverordnung zu unterlassen und die durch die früheren Notverordnungen versagten Beförderungen der Kriegsoffiziervermittlung baldmöglichst wieder aufzuheben. gez. Rabisch, Generalleutnant a. D. — Wir hoffen, daß mit dem Abbau der Versorgungsrechte unserer Kriegsoffizier jetzt endlich einmal Schluß gemacht wird!

Tagung der württ. Werkmeister

Geislingen, 14. Juni. Der Deutsche Werkmeister-Bund, Bezirksverband Württemberg, hielt am 11. und 12. Juni hier unter Leitung des Bezirksvorsitzenden Fähringer-Wilm seinen 10. Bezirkstag ab. Aus dem vom Landesgeschäftsführer Döckersteiger-Windchen erhaltenen Bericht war eine sehr umfangreiche Tätigkeit auf arbeitsrechtlichen, tariflichem und sozialpolitischen Gebiet zu entnehmen. Zur Unterstützung der hiesigen Werkmeister, Hinterbliebenen und Witwen wurden sehr namhafte Beträge ausgeschüttet. Sowohl die Krankenkasse des Bundes, als auch dessen Sterbekasse erfreuten sich bester Aufwärtsentwicklung. Durch die Mitgliedschaft im Bunde haben die Werkmeister sich für alle Fälle des Wirtschaftslebens einen guten Rückhalt geschaffen. Der zweite Verhandlungstag wurde durch eine Besichtigung der Fabrikanlagen der Firma J. M. Voigt unter Führung des Werkmeisters Scherer eingeleitet. Eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Werkmeister-Tagung, geleitet von Werkmeister Gutmann-Geislingen, bildete den Abschluß der Tagung. Die württ. Regierung war

Württemberg

Oberndorf, 14. Herrenberg, 15. Juni. (An Heilshörsigung gehen.) Der 34jährige Keller Friedrich Hartmann von hier hat vor 8 Tagen in einem kleinen Gasthof einen Kahlhölzler gepöbel. Dabei soll er sich auch „Säbute“ eine Heilshörsigung zugezogen haben. Es zeigte sich bei ihm im Laufe der Woche höhere Anzeichen wie bei einer Erziehung der Augenlider, der Stimmbänder und des Kehlkopfes. In bedrohlichem Zustand wurde Hartmann letzten Samstag in die Medizinische Klinik nach Tübingen verbracht, wo er nun am Sonntag nacht gestorben ist.

Waldbach, 14. Stuttgart, 15. Juni. (Schwerer Autounfall.) Am Dienstag ereignete sich, wie schon kurz berichtet, in der Kurve bei der Post ein schwerer Verkehrsunfall. Als ein von Tübingen kommender Personswagen in die Kurve fuhr, bemerkte der Fahrer auf der Fahrseite zwei Kinder, die ihm gerade in das Auto liefen. Ein Unfall zu vermeiden, lenkte er auf die linke Straßenseite, wo ebenfalls die beiden Kinder des Schneidermeisters Ebinger standen. Diese wurden von dem Auto erfasst und schwer verletzt. Die Mutter der Kinder, die im letzten Augenblick noch zu Hilfe springen wollte, wurde durch den Anprall ebenfalls zwischen eine Tür gedrückt. Alle drei Verletzten wurden nach der Klinik in Tübingen geführt, wo dem einen Kind beide Füße amputiert werden mußten. Das andere Kind erlitt einen Schädelbruch, die Frau hatte den Fuß gebrochen. Die Schuldfrage an dem Unfall ist noch nicht geklärt.

Eßlingen a. N., 15. Juni. (35. Württ. Landesschießen.) Das 35. Württ. Landesschießen findet hier vom 2.-4. Juli 1932 statt. Gleichzeitig feiert die Eßlinger Schützengilde ihr 550jähriges Jubiläum.

Böblingen, 15. Juni. (Zu den Typhus-Erkrankungen.) Dem „Böblinger Boten“ wird von zuständigen Seite geschrieben: Auch in mehreren Gemeinden des Oberamts Böblingen (und wohl auch Herrenberg) sind bei Schulkindern gehäufte Erkrankungen mit hohem Fieber ausgebrochen, die sich bei der Untersuchung als Paratyphus B herausgestellt haben. Nach den Ermittlungen ist es so gut wie sicher, daß die Erkrankungen auf den Genuß von bakterienhaltigen Speisefrüchten am Freitagmorgen-Markt in Esslingen zurückzuführen sind. Es werden sofort alle Maßnahmen ergriffen, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhüten. Bis jetzt sind keine Erkrankungsgefälle vorgekommen, die auf Infektion durch kranke Kinder zurückzuführen wären. Die Erkrankungen sind leicht bis mittelschwer. Es handelt sich also um keinen Typhus. Von dem Vorkommen sollte die Lehre gezogen werden, daß man beim Speisegenuss von einem Händler kaufen sollte, dessen Seriosität und Vertrauenswürdigkeit man nicht kennt. Übertragungen von Paratyphus B durch ungesundes Viehfleisch sind zur nicht selten.“

Heilbronn, 15. Juni. (Hungerstreik.) Im Heilbronner Untersuchungsgefängnis ist der Kommunist Feigenhauber vor einigen Tagen mit einigen anderen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Sie sind seit dem 8. November vor. In. in Haft. Man hat ihnen, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, noch keinen Verhandlungstermin mitgeteilt.

Heilbronn, 15. Juni. (Ein bishiger Politiker.) Am 9. April fand in Untergruppenbach ein nationalsozialistischer Vortrag statt. Als die Ortsgruppe Abschied der NSDAP. abends nach Hause zog, fielen vom Kirchgarten her fünf Schüsse, von denen einer die Motorhaube eines Autos traf; ein zweiter Schuß traf als Querschläger einen Radfahrer in die Wade, ohne eine ernste Verletzung herbeizuführen. Der Täter, ein Reichsbannermann, der auf eine Entfernung von 15 Meter geschossen hatte, um die Nationalsozialisten zu erschrecken, verriet nach der Tat seinen Revolver in einer Schranke im Gehäule. Man hatte er sich von dem Schöffengericht für seine unüberlegte Tat zu verantworten. Der Angeklagte, ein 22jähriger Mann, gab an, er hätte sich über die heftigen Worte, die in der Versammlung gesprochen wurden, so aufgeregt, daß er gar nichts mehr überlegt habe. Das Gericht erkannte auf 10 Monate Gefängnis.

Wimpfen a. N., 15. Juni. (Zwangserziehung.) Der hiesige Gasthof zum „Heilschen Hof“ wurde in den letzten Tagen zwangserzogen. 1928 ist das Haus für 36 000 RM. erbaut worden, während der jetzige Kaufpreis nur 18 000 RM. mit Mobilien ausgemacht hat. Das Gebäude wurde erworben von dem Drogerien Th. Gutmann, der in dem ehemaligen Gasthof eine Drogerie einrichten wird.

Dörmentingen, 14. Riedlingen, 15. Juni. (Drillinge.) Am letzten Sonntag hebrte bei Andreas Mohr jung hier großes Familientisch ein. Drei gesunde Buben kamen auf die Welt im Gewicht von 5,4, 5 und 4 Pfund. Mutter und Kinder sind wohl.

Welkersheim, 14. Mergentheim, 15. Juni. (Lebensretter.) Dem Infarktverletzten Karl Schwager von hier wurde die Rettungsmedaille verliehen.

Vom Bayerischen Alpen, 15. Juni. (Spanien kauft Zuchtvieh.) Organisiert wird eine landwirtschaftliche Kommission aus Spanien im Alpen, bestehend aus katalanischen Gutsbesitzern, die Zuchtvieh im Alpen aufkaufen wollen. Unter Führung von Tierzuchtinspektor Dr. Haug-Kempten wurde eine Reihe von Zuchtvieh im Alpen und in Württemberg besucht und mehrere Käufe von Jungvieh getätigt. Das Urteil der Spanier über das Brauereiwie war ein sehr gutes.

Landtags-Zusammentritt am 23. Juni

Stuttgart, 15. Juni. Wie wir erfahren, wird der Landtag am Donnerstag, 23. Juni, seine Beratungen fortsetzen. Es ist beabsichtigt,



Momentbild von dem Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft. Der Frankfurter Torwächter Schmitt bei der Abwehr.

vertreten durch Landrat Eberhardt. Das Verwaltungsmittglied Kubach-Weipzig sprach über das Thema „Unser Berufsstand und der Weg aus der Krise“. Die Ausführungen des Referenten fanden ihren Niederschlag in nachstehend einstimmig angenommener Entschließung:

Die unvermindert anhaltende Wirtschaftskrise hat den Berufsstand der deutschen Werkmeister härtestens in Mitleidenhaft gezogen. Von 250.000 Berufskollegen sind über 60.000 stellenlos. Mit zunehmender Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sind der Fortschritt in der Technik und die Rationalisierungsbestrebungen nicht zum Stillstand gekommen. Dadurch ist der Existenzkampf der Werkmeister weiterhin sehr erschwert. Die Bedeutung des Berufsstandes der Werkmeister darf trotz der Vorherrschendheit der maschinellen und motorischen Kräfte nicht unterschätzt werden. Auch haben die dauernd gespannten politischen Gegensätze die Stellung der Werkmeister im Betrieb nicht erleichtert. Der Werkmeister war und bleibt der ausgleichende Vermittler zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Ständevollständig ist der Werkmeister leider aus dem Mittelstand verdrängt und darf in proletarische Verhältnisse zurückgeworfen werden. Die Sicherheit in der Berufsausübung fördert die Betriebs- und Geschäftslust. Als Folge aus der Krise werden die Debnung der Kaufkraft der Angehörigen der Wirtschaft der Einfuhr von Fertigwaren und die Sicherung der Preisstabilität sind unverzüglich zu erstreben. Wir fordern wohl nationale Selbsthilfe — nicht überhöhte Autarkie. Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, vereinfachte Staatsführung, Reform in der Steuererhebung, Abbau der stark überbesetzten Verwaltungsbehörden machen die Bahn frei für erfolgreiche Sparmaßnahmen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Wir fordern gerechte Einkommensordnung und eine bessere für die Arbeitnehmerschichten tragbare Lastenverteilung. Abhilfe Bestreben der früheren Oberbehörden sind für die Sicherung des Fortschritts und Schlichtungswesens wie auch für die Fortführung einer leistungsfähigen Sozialversicherung wenig zulässig. Insbesondere fordern wir Sicherstellung der Leistungen der Angestelltenversicherung und wehren uns ganz entschieden gegen weitere Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung. Was den Werkmeistern an Gehalts- und Rentenabbau bisher zugemutet wurde, hat die Grenze des Erträglichen bereits weit überschritten. Als ein Glied der christlich-nationalen Angestelltenbewegung wehren wir uns gegen jegliche Klassenherrschaft. Eine innerdeutsche, wirtschaftspolitische Befähigung ist nur möglich nach den Grundsätzen christlicher Gerechtigkeit.

Baden

Großes Sägewerk durch Feuer zerstört

Stadach, 15. Juni. In der Nacht auf Dienstag, kurz nach 12 Uhr, brach in dem Anwesen des Bauisoge- und Hobelwerkes der Firma Eitlinger & Weber in Kraudenwies Feuer aus. Der Brand entzündete an zwei Stellen. 10.000 bis 12.000 Kubikmeter Schnittware verbrannte. Das Maschinen- und Kesselhaus sowie die Trockenhalle und das Hobelwerk wurden zerstört. Die Sägehalle konnte gerettet werden. Zur Bekämpfung des Großfeuers waren eine ganze Reihe von Feuerwehreinheiten aus der näheren und weiteren Umgebung erschienen. Das Feuer war bis nach Sigmaringen sichtbar. Einige Feuerwehreinheiten erlitten Rauchvergiftungen. In den Mittagsstunden des Dienstag war die weitere Ausdehnung des Brandes noch nicht restlos beseitigt und damit auch nicht die Gefahr für den Langholzplatz.

Als Brandursache ist einwandfrei Brandstiftung festgestellt worden. Das Feuer entzündete gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen des Werkes. Während es in der Sägerei gelang, den Brandherd mit einem Feuerlöschapparat zu löschen, erlöschte aus dem Schnittholzlager Feueralarm. Innerhalb weniger Augenblicke schlugen die Flammen hoch, so daß an ein Löschen durch die Belegschaft nicht zu denken war. An der ersten Brandlegungsstelle wurde eine Zelluloidschachtel gefunden, in der Nähe lag ein Paar Glashandschuhe. In der Zelluloidschachtel befand sich ein erloschener Kerzenstumpf. Bei dem Schnittholzlagerplatz, der dem Feuer vollständig zum Opfer gefallen ist, wurde eine Flasche mit Schellackpolitur, einer Mischung von Schellack und Spiritus, die außerordentlich leicht brennbar ist, gefunden. Man hofft, mit den gefundenen Gegenständen Handhaben erhalten zu haben, die zur Ermittlung des Täters dienen können.

Der Brandplatz selber bildet ein trostloses Feld glimmender Aschehaufen. Das Schnittholzlager von etwa 9000 Kubikmeter ist vollständig eingeebnet, ebenso das Maschinenhaus und der Trockenraum, dessen Erhaltung nach im vorigen Jahre 50.000 Mark verschlang. Der Gesamtschaden beträgt mindestens eine halbe Million Reichsmark. Die Wohn- und Verwaltungsgebäude sowie das eigentliche Sägewerk und das Langholzlager konnten gerettet werden, da es gelang, den dortigen Brandherd im Keim zu ersticken.

Letzte Nachrichten

New-York, 15. Juni. Das Repräsentantenhaus hat heute den Gesetzentwurf über die Zahlung der Prämien in Höhe von zwei Milliarden Dollar an die ehemaligen Soldaten angenommen.

Keine Verlängerung der Bürgersteuer durch die Länder

Berlin, 15. Juni. Im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung ist in verschiedenen Kreisen die Frage erörtert worden, ob die von der Reichsregierung nicht durchgeführte Verlängerung der Bürgersteuer nunmehr durch die Länderregierungen erfolgen kann. Aus Kreisen des Reichsfinanzministeriums wird demgegenüber festgestellt, daß die Bürgersteuer sich auf reichsrechtliche Grundstücke stütze und aus diesem Grunde von den Ländern nicht ohne besondere Reichsermächtigung erhoben werden darf.

Um die „Gefesselte Justiz“

Berlin, 15. Juni. Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags zur Nachprüfung der Rechtspflege, der auf nationalsozialistischen Antrag eingeleitet wurde, hielt am Mittwoch seine konstituierende Sitzung ab. Vorsitzender wurde Abgeordneter Dr. Freisler (NSDAP). Der Ausschuss beantragte den Richterlatte, ein Referat vorzubereiten über die Angriffe, die Moriz Jarnom in seinem Buch „Gefesselte Justiz“ gegen die preussische Rechtspflege gerichtet hat.

Rundfunkrede des Staatssekretärs Dr. Jorden

Berlin, 16. Juni. In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde spricht heute Donnerstag, 16. Juni, um 19 Uhr der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Jorden, über „Die finanziellen Bestimmungen der letzten Notverordnung“. Der Vortrag des Staatssekretärs Dr. Jorden wird von sämtlichen deutschen Rundfunkgesellschaften übertragen.

Prozess gegen Sylvester Matuschka

Wien, 15. Juni. Der für heute vormittag 9 Uhr anberaumte Prozess gegen den Eisenbahnkredler Sylvester Matuschka begann mit einiger Verzögerung unter allen Anzeichen der Sensation. Schon lange vor Beginn der Verhandlungen hatten sich vor dem Hauptort des Landgerichts Hunderte von Personen eingefunden, von denen aber nur ein kleiner Teil mit Karten eingelassen werden konnte. Als Matuschka, begleitet von zwei Justizsoldaten, den Saal betritt, geht eine lebhafteste Bewegung durch die Zuhörer. Auf der Anklagebank breitet Matuschka vor sich eine Menge Papiere aus, aus denen er vermutlich die wiederholt angekündigte große Rede halten will. Diese Rede hat er in verschiedenen Entwürfen abgefaßt und in verschiedenen Farben niedergeschrieben, so einen Aufsatz an das ungarische Volk in den Farben rot, grün, blau und gelb, teils mit Tinte, teils mit Farbstift. Auf dem Gerichtstisch liegen Schienentische, Schraubstöcke, Schraubschlüssel und andere Gegenstände. Matuschka macht einen sehr intelligenten Eindruck. Nach Erledigung der Formalitäten beginnt die Verlesung der umfangreichen Anklageschrift. Bei der Verlesung der Anklageschrift benimmt sich Matuschka sehr nervös, sein Körper ist in ständiger Bewegung. Er weint wiederholt, schneidet Grimassen und murmelt vor sich hin. Nach der Verlesung beantragt der Verteidiger, ungeachtet des psychiatrischen Gutachtens das Gutachten eines Individualpsychologen anzuhören, und stellt den Antrag, Dr. Alfred Adler zur Verhandlung hinzuzuziehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Sodann wird mit der Vernehmung des Angeklagten, der bei Befragung nach seinem Verursachen als Eisenbahnattentäter bezeichnete, begonnen. Matuschka schildert in ungarisch-deutschem Dialekt seine Erlebnisse im Kriege an der italienischen und russischen Front. Noch heute hört er Rufe: „Sprigen!“ (Das

war das Kommando zum Feuern.) Er war im Kriege Kommandant einer Sturmabteilung. Dort liegt der Fehler, rief der Angeklagte weinend, daß ich in einen solchen Zustand gekommen bin, daß man mir Simulation vorwirft. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er einmal in Paris war, sagt Matuschka: Ja kann es nicht mit Bestimmtheit sagen, ob ich in Paris war. Mein Eindruck ist der, daß ich nicht dort war. Im Jahre 1927 war Matuschka zum ersten Male in Wien. Im Jahre 1928 sei er ganz nach Wien übergesiedelt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erwähnte Matuschka die Stiftung einer Krippe für die Kinder seines Geburtsortes und wie die Bevölkerung bei deren Einweihung sehr ergriffen gewesen sei. Bei dieser Erinnerung kniet Matuschka vor dem Gericht nieder. Daraus erzählt er eine lange Geschichte von dem „Weißen Leo“, der ihm angetragen habe, eine Sekte zu gründen, welche Attentate auf Eisenbahnen verüben sollte, um dadurch alle Eisenbahndirektoren der Welt zu erschrecken und sie zu zwingen, überall Elektrizität einzuführen, wodurch der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden würde. Darauf verbreitet sich dann Matuschka über seine Erfindung zur Verhütung von Sabotagen. Matuschka machte dann die im wesentlichen aus der Anklageschrift schon bekannten Mitteilungen über die angeblichen Anschläge, mit denen er Aufsehen erregte, aber keine Menschen unglücklich machen wollte.

Im weiteren Verlauf des Matuschka-Prozesses fragte der Vorsitzende den Angeklagten, wie er nach Jüterbog gekommen sei. Matuschka erklärte, daß er auf einer Fahrt durch dieses Gebiet eine günstige Gelegenheit für ein Attentat erblickt habe. In Berlin habe er vor Gründung einer Sekte noch ein oder zwei Attentate verüben wollen. Er habe bei Jüterbog am Eisenbahndamm die Sprengmaschine gelegt. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, ob er denn nicht gedacht habe, daß ein großes Unglück geschehen könne, antwortete Matuschka verwundert: „Nein. Gar nichts, dachte ich, werde geschehen. Es war doch Sand dort.“

Vorsitzender: Als das Unglück geschehen war, sind Sie davongelaufen.

Matuschka: Ja, ich bin 30 Kilometer nach Berlin zu Fuß gegangen. Tags darauf lehrte ich nach Wien zurück. Dann wurde das schrecklichste von Matuschkas Attentaten, der Anschlag von Via Torbago, besprochen. Auch in diesem Falle behauptete der Angeklagte: „Der Weiß Leo habe ihm dieses eingegeben“. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, daß durch ihn ein so schreckliches Unglück geschehen sei, schluchzte Matuschka plötzlich laut auf, rief unartikuliert Schreie aus und wankte hin und her.

Vorl.: Sie hatten die Absicht, noch weitere Attentate zu verüben?

M.: Ja. Dann schrie er wild auf: Ich werde in Zukunft aber noch mehr Attentate machen. 30 Jahre werde ich Strafe bekommen. 70 Jahre werde ich alt sein, wenn ich wieder herauskomme. Aber ich will noch alle die geplanten Attentate ausführen.

Vorl.: Und jetzt sagen Sie, was eigentlich der Beweggrund für Ihre schrecklichen Taten war!

M.: Das möchte ich auch wissen. Jetzt sehe ich erst, daß es nicht das richtige Mittel war. Ich habe gerade das schlechteste gemacht, was auf der ganzen Welt möglich ist. Jetzt weiß ich selbst nicht, warum ich das getan habe.

Darauf wurde Matuschka vom Staatsanwalt einem scharfen Kreuzverhör unterzogen. Am Schluß erzählte Matuschka wieder von der Deitkraft der Zwiebel und von seinen Erfindungen. Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet.



Sylvester Matuschka

RM. 5000 Bar Preise auf einen Kopf gesetzt!

Preise winken für 5 Minuten Kopferbrechen: Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den erklärenden Prospekt „Kopf zerbrochen!“ geben! Er ist gleichzeitig ein Wegweiser zu gesundem schönen Haar durch „Haarglanz“, die Vervollkommnung moderner Haarpflege. „Haarglanz“ macht das Haar wundervoll glänzend, es

läßt sich leichter frisieren. Dauer-, Wasserwellen u. Ondulation halten besser und länger. „Haarglanz“ enthält keine fettenden Bestandteile und ist ärztlich empfohlen. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF - HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

Arterienverkalkung

Herzleiden

Dankesfüllt teile ich kostenlos mit, wie ich und andere durch ein einfaches, auch ärztlich verordnetes Mittel in geistiger Weise geheilt wurden.

Steneramann a. D. H. Frederstorff,
Schwerin 351 (Meckl.).

Warum zögern Sie noch?!

Andere Geschäftsleute haben die Notwendigkeit längst erkannt, daß man sich gerade jetzt besonders eifrig um die Gunst des Käufers bemühen müsse. Die Zeitungsanzeige kann auch ihrem Hause neue Kunden, neue Käufer zuführen, wenn Sie konsequent und systematisch werben. Beherrigen Sie stets: Kein Werbemittel übertrifft die Anzeige im

„Enztäler“

mit Nebenausgaben „Birkenfelder Tagbl.“, „Calmbacher Tagblatt“ und „Herrenalber Tagblatt“.

Alle Handharmonikaspieler von Neuenbürg und Umgebung

melden sich an beim Handharmonikaklub Hohulofer in „Döfen“ in Neuenbürg.
Seden Freitag Übungsabend von 7—11 Uhr.

Das

Adreßbuch

für den

Oberamtsbezirk Neuenbürg

enthält sämtliche selbständigen Personen in alphabetischer Reihenfolge, ferner alle Beamten, Geschäfte, Vereine, Fernsprecher, Postcheck-, Bank- und Girokontos. Für jeden Gewerbetreibenden ist es ein unentbehrliches Nachschlagewerk.

Preis RM. 2.50.

Zu haben in der

„Enztäler“-Druderei Neuenbürg.

familien-Drucksachen

Besuchskarten
Verlobungsanzeigen
Bermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Glückwunschkarten usw.

liefert in vornehmer Ausstattung

C. Meck'sche Buchhandlung.

Höfen a. E.
Einige Wagen

Hobelspäne

haben abgegeben

Vinder & Rüdler,
Holzwarenfabrik.

3000—4000 G.M.

bei 5—8 facher Sicherheit auf 1. Hypothek von pünktlichem Zinszahler aufzunehmen gesucht.

Angebote unter Nr. 288 an die Enztäler-Geschäftsstelle erbeten.